

## Für und wider Karl Barth

Mit einer Klarheit, die ich klassisch nennen möchte, legt Professor Barth in seinem Brief vom 17. Oktober, den Sie in Ihrer Zeitung vom 28. Oktober in dankenswerter Weise veröffentlichten, seinen Standpunkt in der Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands fest. Vielen Lesern, die im Streit über Für oder Wider sich bisher zu keiner eigenen Entscheidung durchringen konnten, wird dieser Brief gerade deshalb eine Hilfe sein, weil der Verfasser das Gesamtproblem aufteilt und in sieben Punkten zu dem Ergebnis kommt, zur Frage der Remilitarisierung nein sagen zu müssen. Der Leser kann nun zu jedem einzelnen der sieben Punkte Stellung nehmen; ich bin überzeugt, daß weite Teile der westdeutschen Bevölkerung über die Verschiedenheit sonstiger Anschauungen hinweg sich ganz zu dem Standpunkt Barths in der Remilitarisierungsfrage bekennen werden. Dies würde bedeuten, daß sich auch die maßgebenden Politiker, denen das Volk als seinen Angestellten die zeitweise Lenkung seiner Geschicke anvertraut hat, sich mit den Gedankengängen einer geistigen Größe beschäftigen und sich nicht etwa damit aufblähen sollten, es nicht nötig zu haben, sie überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Nur der Politiker, der nicht mehr lernen will oder kann, ist zu alt, um im öffentlichen Leben noch eine Rolle zu spielen. Er möge abtreten. Wenn er aber aus wohlwogenden Gründen zu anderen Ergebnissen gelangt, so mag er dies begründen, und man kann ihn nur beglückwünschen, wenn er dies mit der gleichen Klarheit und Sachlichkeit zu tun vermag, die aus dem Brief von Professor Barth hervorleuchten. T. H.

Mit größtem Interesse las ich den in Ihrer Ausgabe vom 28. Oktober veröffentlichten Aufsatz von Professor Karl Barth zur Remilitarisierung. Ich halte diese Äußerungen für so wesentlich und wichtig, daß sie wert wären, jedem Regierungsmitglied einschließlich des Bundespräsidenten und jedem Abgeordneten des Bundestages persönlich in die Hände gegeben zu werden. C. E.

Daß Sie die Stellungnahme von Professor Barth zum Problem der Remilitarisierung veröffentlicht haben, hat mich aufrichtig gefreut und sicher auch zahlreiche andere Leser. Bei der gegenwärtigen Verwirrung tun solche Worte der Vernunft und Wahrheit wohl, man hört sie so selten. Viele Menschen sind Ihnen dafür dankbar. Geben Sie solchen Stimmen nur recht oft Gelegenheit, unser Volk zur Besinnung aufzurufen. Als Katholik würde ich es sehr schätzen, wenn auch Persönlichkeiten der katholischen Kirche ebenso klar und entschieden ihre Meinung darlegen würden. Die psychologische Vorbereitung unserer Militarisierung wird mit allen Mitteln vorangetrieben. Was sich der „dem Kanzler nahestehende“ Deutschland-Union-Dienst erlaubt, geht auf jeden Fall zu weit. Eine Maginot-Linie von 40 Millionen Herzen (wird!) würden die Franzosen an ihrer Ostgrenze bauen, wenn sie Adenauer ihre Zustimmung geben, daß wir wieder Soldaten werden dürfen. Eine wirklich unerhörte Lüge, und dabei dem Kanzler „nahestehend“. Wie lange muß das die Mehrheit unseres Volkes noch ertragen? Diese Lüge ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die noch an die Verwirklichung einer Demokratie in Deutschland glauben. K. K.

Herr Professor Barth hat das richtige Gefühl, sich mit seinem Artikel „neue Ungunst zu schaffen“. Wir wollen es ruhig deutlicher ausdrücken: 1. Er weiß genau, daß er jeden einzelnen deutschen Mann beleidigt, wenn er nur „mit Grauen an die Existenz von deutschen Soldaten denken“ konnte. Denn fast alle Männer in Deutschland, die heute über 25 Jahre alt sind, waren Soldaten. Und die wenigen, die nicht eingezogen wurden, waren nur deshalb nicht Soldat, weil ihre anderweitige Tätigkeit für die Kriegführung erheblich wichtiger war als

das einfache Soldatsein. 2. Herr Professor Barth hat anscheinend nichts über die deutsche Widerstandsbewegung gelesen. Sonst müßte er wissen, daß gerade die Führer der Wehrmacht die schärfsten Gegner von Hitlers Abenteuerpolitik waren. Unter den von Hitler Hingerichteten sind weit mehr Offiziere als Professoren und Theologen. 3. In jedem Staat ist die Wehrmacht ein Instrument der Staatsführung. Es ist unbillig, das Instrument zu beschimpfen. Die Entscheidung über Krieg oder Frieden ist ein Sache der politischen Führung. Kann Herr Professor Barth einen General nennen, der Hitler zum Marsch auf Prag ermuntert hat? Viele haben ihm abgeraten. Der Chef des Generalstabs trat deshalb zurück. Was die Vergangenheit betrifft, sind alle Vorwürfe an die damalige politische Staatsführung zu richten, nicht an den deutschen Soldaten. Wer an zukünftige deutsche Soldaten nicht ohne Grauen denken kann, scheint der Regierung der Deutschen Bundesrepublik arg zu mißtrauen. Einbegriffen in diesen Mangel an Vertrauen sind dann wohl auch die Westmächte, ohne deren Befehl in Zukunft ja bestimmt keine deutsche Division marschieren wird. 4. Warum sollte die Existenz einer kampfwilligen tschechischen Armee Hitler damals abschrecken, dagegen heute eine westdeutsche Aufrüstung eine direkte Herausforderung Stalins bedeuten? Diese Logik wird nur denen einleuchten, denen zur Begründung ihrer Ressentiments jede Tüftelei recht ist. Mir gefällt sie nicht, und ich kenne viele, die einen Theologen lieber auf der Kanzel sehen und im Kampf gegen die ungeheure seelische Not unserer heutigen Zeit als auf dem allzu glatten Parkett der Politik. H. S.

## Hermann List und die Remilitarisierung

Der Aufsatz von Hermann List ist mit so viel Frische und Humor geschrieben, daß ich mich richtig freute und mir sagte: „Noch ist Deutschland nicht verloren!“ Ich danke Ihnen dafür, daß Sie diesen Aufsatz veröffentlicht haben. Ich bin kein „Militarist“, ich war nicht einmal „Frontkämpfer“ des ersten Weltkrieges. Aber ich habe Geschichte studiert. Und die Geschichte des Abendlandes, die wir in einem Zeitraum von mehr als dreitausend Jahren übersehen, hat mich gelehrt, daß jedes Volk, das nicht mehr an sich und an seine Bestimmung glaubte und nicht mehr bereit war, für seine politische Freiheit zu kämpfen, jeweils unterging. Echte Demokratie und echte Mannesfreiheit gehören zusammen. Das eine ist ohne das andere nicht denkbar. Zu der Freiheit des Mannes gehört auch das Recht, Waffen zu tragen, und es gehört dazu die Pflicht, die Freiheit seines Volkes zu verteidigen. Glauben wir nicht, daß uns Deutschen ein neues Lebensrecht als freies Volk geschenkt werde, weder von den Amerikanern noch — ganz allgemein gesprochen — von der Geschichte! Darum ist es wichtig, daß zunächst einmal wir Deutschen uns über die grundsätzlichen Fragen einig werden. Das hat mit einem das allgemeine Wirtschafts- oder politische Leben beherrschenden „Militarismus“ zunächst gar nichts zu tun. Welche Rolle der preußisch-deutsche Militarismus vor dem ersten Weltkrieg und auch in der Weimarer Republik gespielt hat, das ist eine Frage, die wohl wert ist, untersucht zu werden. Aber es ist ganz sicher nicht so, daß die deutsche Republik der Reichswehr der Weimarer Zeit zum Opfer fallen mußte, wenn nicht auf beiden Seiten in den zwanziger Jahren entscheidende Fehler gemacht worden wären, sowohl bei den Führern der deutschen Republik wie bei den Führern der Reichswehr. Wir können heute ganz genau die Punkte historisch feststellen, wo die falschen Entscheidungen getroffen wurden. Gerade weil wir diese heute feststellen können, haben wir einen Maßstab dafür, wie wir eine Wiederbewaffnung der waffenfähigen Menschen durchführen können, ohne daß diese Wiederbewaffnung zur Bedrohung des uns alle umfassenden republikanischen Staatswesens wird. H. S.

Die drei hervorspringenden Punkte in Lists Artikel zur Frage der Remilitarisierung (Nr. 248 der Stg. Ztg.) sind: seine Resignation vor einem Problem, das umstritten werden sollte; die Freundlichkeit, wo nicht gar Wärme, mit der er Dr. Adenauers Verhalten bewertet, und die billige Verächtlichmachung des Pazifismus der Vorhitlerzeit wie der Gegenwart. Zu 1.: Die fatalistische Haltung, es sei unrichtig, sich gegen die Remilitarisierung zu wehren, weil sie ja doch kommen werde, entspricht dem von List verspotteten „Vulgärmarxismus“ (als ob nicht jeder Marxismus Vulgärmarxismus wäre) mit seiner Vorstellung vom automatischen Ablauf der gesellschaftlichen und historischen Entwicklung. Die Friedensbewegung ist, wie jede auf eine Aenderung abzielende Bewegung, voluntaristisch gewesen und muß es immer sein. Gegen eine gegebene oder sich abzeichnende böserartige Entwicklung setzt sie das Ziel des „Seinsollenden“ (Kurt Hiller); d. h. sie sagt im aktuellen Fall: „Krieg droht zu kommen; wir wollen keinen und wollen uns bemühen, ihn zu verhindern.“ Ich weiß nicht, ob hinter einer Antihaltung zu einer anonymen, abstrakten Sache „Ressentiment“, auf deutsch „Groll“, stecken kann. Wenn ja, so ist wohl gemeint: Groll auf den Unteroffizier und Offizier, auf das Leben als Soldat, auf die feindlichen Bombenwerfer usw., aber ich weiß nicht, ob List das meint. Auf alle Fälle ist mir selbst der Groll auf den schmerzhaften Unteroffizier willkommen, wenn er einen Menschen in die Friedensfront bringt. Nie war die Chance für einen starken Pazifismus so günstig wie heute. Freilich muß er, wenn er Wirkung erzielen will, politisch werden. Er muß Europa bejahen — als eine Stufe zur Sicherung des Friedens, nicht zur Aggression. Er muß in die politische Arena hinabsteigen und womöglich sogar darauf hinarbeiten, Vertreter ins Parlament zu entsenden. Er muß Kommunisten ausschließen, weil weder in der Theorie noch in der Praxis des Marxismus der Friede eine primäre Forderung ist: sie wird immer anderen Interessen untergeordnet. Er muß von den Regierungen verlangen, daß sie aus ihrem Bekenntnis zur Demokratie auch in der internationalen Politik ernst machen: Die Überzeugung, daß Konflikte zwischen Staaten durch Verhandlungen und Abmachungen gelöst werden können, gehört zum Wesen der Demokratie. Wo sie fehlt, begreift man die Demokratie nicht oder will sie nicht. Mit dem „Ohne mich“ läßt sich sehr wohl Politik machen. Im gegenwärtigen Fall heißt es: Ihr demokratischen Mächte gehet hin und sichert uns auf friedliche Weise Recht, Frieden und Freiheit, anstatt durch die Anwendung des Radikalmittels Krieg die Demokratie zu diskreditieren. Zu 2.: Lists „Fall Heinemann“ ist in Wirklichkeit ein Fall Adenauer. Und der wiederum ist eine Frage der Demokratie. Wenn es nicht mehr möglich ist, einen Minister oder Ministerpräsidenten, der das Vertrauen des Volkes nicht besitzt oder nicht mehr besitzt, durch die Vertretung dieses Volkes nach Hause zu schicken, ist etwas faul, mindestens mit der formalen Demokratie. Wenn ein Ministerpräsident im Vertrauen auf seine Unabhängigkeit Politik auf eigene Faust macht und sich um seine, dem Volk, der Volksvertretung und dem Ausland gegenüber mitverantwortlichen Kollegen, die Volksvertretung und das Volk und dessen Wünsche einen Dreck kümmert, eben weil ein schlechtes Statut ihm formal die Erlaubnis dazu gibt, ist bei ihm etwas faul mit seiner faktischen Demokratie, seinem faktischen Demokratismus. Zu 3.: Wie gesagt, der Pazifismus muß politisch werden. Selbst mit dem „Ohne mich“ kann man Politik machen, wie Gandhi bewiesen hat. Im europäischen Hexenkessel kann man freilich nicht gandhistisch handeln, d. h. nicht handeln. Aber es ist ein Zustand anzustreben, in dem kein Deutscher sich in führender politischer Stellung halten kann, der nicht grundsätzlich ein Friedenspolitiker ist. Die Demokratie gedeiht nicht im Krieg oder in kriegerischer Atmosphäre. Wer ihr dienen will, muß sich den allgemeinen Frieden zum Ziel setzen und sich zu friedlichen Methoden bekennen (und sie anwenden). M. B.